

17.06.2015 – 16:52 Uhr

ikr: Liechtenstein hält internationale Standards zur Steuerkooperation ein

Vaduz (ots/ikr) -

Liechtenstein weist Vorwurf der fehlenden Steuerkooperation mit der EU entschieden zurück und verweist auf die bereits bestehende enge Zusammenarbeit mit der EU in Steuerfragen und sein Bekenntnis zu geltenden internationalen Standards.

Mit Blick auf den schon sehr weit fortgeschrittenen Stand der Verhandlungen und Gespräche mit der EU über die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches und über einen weiteren Dialog zu Themen der Unternehmensbesteuerung betrachtet Liechtenstein die heute von der EU-Kommission vorgenommene Nennung Liechtensteins als einer der Staaten, die im Kampf gegen die Steuervermeidung nicht mit der EU kooperieren, als völlig ungerechtfertigt.

Liechtenstein hat seit 2009 den internationalen Standard zum steuerlichen Informationsaustausch auf Anfrage umgesetzt und mit mehr als 30 Staaten bilaterale Abkommen abgeschlossen. 2013 hat Liechtenstein die Multilaterale Amtshilfekonvention unterzeichnet. Schon früh hat sich Liechtenstein zur Umsetzung des neuen globalen Standards über einen automatischen Informationstausch bekannt. Liechtenstein hat sich als sog. Early Adopter zu einer Umsetzung ab 2017 mit interessierten und geeigneten Staaten bereit erklärt. Die entsprechenden Verhandlungen mit der EU sind weit fortgeschritten und sollen in Kürze abgeschlossen werden.

Liechtenstein ist seit 20 Jahren Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum und hat die entsprechenden europäischen Rechtsakte umgesetzt. Das Land richtet sein Steuersystem an den geltenden europäischen und internationalen Standards aus. Liechtenstein wird auf jeden Fall auch die Ergebnisse des OECD-BEPS-Projekts in seiner Abkommenspolitik und im nationalen Steuerrecht berücksichtigen.

Die Bezeichnung Liechtensteins als unkooperativer Staat seitens der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten ist willkürlich und inakzeptabel. Das Vorgehen der EU erscheint mit Rücksicht auf die bestehende Zusammenarbeit mit der EU auf dem Gebiet der Steuerkooperation völlig unerklärlich. Liechtenstein fordert die EU-Kommission auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, dass Liechtenstein auf keinerlei EU-Listen unkooperativer Staaten mehr erscheint und dass noch vorhandene ungerechtfertigte steuerliche Diskriminierungen beseitigt werden.

Kontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Markus Biedermann, Generalsekretär
T +423 236 60 09

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100774355> abgerufen werden.